

AL/GRÜNE TÜBINGEN, AM LUSTNAUER TOR 6, 72074 TÜBINGEN



Interne Dienste
Stadt Tübingen

HELGA VOGEL
FR.-SCHAAL-STR.62/1
72074 TÜBINGEN
TEL: 0 70 71 / 8 26 32

helga.vogel@web.de
www.al.gruene.de

den 15.Juni 2013

Betrifft

Antrag Flächen Land und Bund

Die Stadtverwaltung stellt eine Übersicht über die Flächen zusammen, die im Stadtgebiet Tübingen dem Land und dem Bund gehören. Weiter informiert sie über das jeweilige Baurecht, das für diese Flächen gilt.

Die Stadt informiert, wo mit Hilfe von neuen Bebauungsplänen oder Änderungen bisheriger Bebauungspläne durch Festlegung von Gewerbeanteilen, Gemeinbedarfsflächen, gefördertem Wohnungsbau oder ähnlichem städtische Ziele gesichert werden können.

Aufforderung an alle Akteure, wo immer sie Einfluss haben, sich für eine Änderung des Verkaufsverhaltens von Bund und Land einzusetzen.

Anlass

Verkauf von Landesflächen zum Höchstgebot Hauberstraße und ehemaliges MPI-Gelände

Begründung

Sicherung städtischer Ziele bei der Bebauung, solange Land und Bund nicht davon abgehen, ihre Liegenschaften zum Höchstgebot zu veräußern statt sie freibleibend bzw. mit Sozialauflagen anzubieten. Es handelt sich bei deren Flächen ja nicht um Privatflächen sondern um Eigentum der Allgemeinheit!

Der Städtetag fordert die Kommunen auf, als Mittel gegen hohe Mieten und Wohnungskosten nicht zum Höchstgebot zu verkaufen, was Tübingen schon längere Zeit nicht macht, aber Bund und Land verändern nicht ihre Anweisungen an ihre Liegenschaftsverwaltungen!

Ein solches Verkaufsverhalten konterkariert die finanzielle Unterstützungen von Kommunen z. B. bei Sanierungsgebieten!

Es kann nicht sein, dass eine positive Entwicklung einer Kommune auf diese Weise finanziell ausgenutzt wird!

Die Parlamente und Regierungen von Land und Bund beklagen die allgemeinen Miet- und Wohnkostensteigerungen und ersinnen Abhilfen, andererseits treibt ihr Verkaufsverhalten die Preise weiter hoch!

Deshalb ist mit diesem Antrag neben der Sicherung von städtischen Zielen auch die Aufforderung an alle Akteure verbunden, wo immer sie Einfluss haben, sich für eine Änderung des Verkaufsverhaltens von Bund und Land einzusetzen.

Für die Fraktion AL/Grüne
Helga Vogel